

Krieg der Studien

Economiesuisse lehnt die Energiestrategie 2050 ab und warnt vor einem Einbruch der Wirtschaft. Der Verband stützt sich dabei auf eine ETH-Studie, die selbst innerhalb der Hochschule umstritten ist.

Von Christian Brönnimann, Bern

Economiesuisse zeichnet ein düsteres Bild für die Zukunft der Schweiz, sollte der Atomausstieg wie vom Bundesrat skizziert umgesetzt werden: Es drohe ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von bis zu 25 Prozent und eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote, sagte Verbandsdirektor Pascal Gentinetta gestern vor den Medien. Die bundesrätliche Energiestrategie führe in eine wirtschaftliche Sackgasse und sei deshalb abzulehnen.

Seine Haltung stützt der Wirtschaftsverband mit einer neuen Studie, die er bei der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich in Auftrag gegeben hatte.

Dossier: Die Energiedebatte
www.energiedebatte.tagesanzeiger.ch

Bei dieser Studie hätten die Wissenschaftler realistischere Annahmen als der Bund verwendet, begründete Gentinetta die nun dramatischen Einschätzungen. So setze der Bundesrat beispielsweise neue Technologien voraus, deren Einsatz ungewiss sei.

Die KOF-Studie hingegen simuliert die Folgen verschiedener Instrumente, inklusive happiger Benzinpreiserhöhung, implementiert auf die Situation im Jahr 2000. Nur so könnten Prognoseunsicherheiten ausgeschlossen werden, erklärt Studienverfasser und ETH-Professor Peter Egger. Die Methodik bedeute aber auch, dass mit der Studie keine Vorhersagen für die Zukunft gemacht werden könnten.

«Absolut unrealistisch»

Die Studie und deren weitgehende Interpretation zeigt exemplarisch, wie derzeit versucht wird, mit wissenschaftlichen Befunden Politik zu machen. Mehr als ein Dutzend grössere Untersuchungen sind seit dem Atomausstiegsentscheid erschienen, jede mit anderem Auftraggeber und Fokus. Da den Überblick zu bewahren, ist schwierig.

Versucht hat es der alternative Wirtschaftsverband Swisscleantech, der heute Donnerstag seine vergleichende «Metastudie» präsentieren will. Das Fazit ist aber schon klar. Und es fällt ganz anders aus als der Befund von Economiesuisse. «Mit unserer Analyse können wir aufzeigen, dass die Energiewende technisch möglich ist und richtig umgesetzt volkswirtschaftliche Vorteile bringt», sagt Verbandspräsident Nick Beglinger. Mit der KOF-Studie werde die Bevölkerung hingegen für dumm verkauft.

Die Kritik fusst auf drei Punkten. Erstens, dass das Datenmaterial aus dem Jahr 2000 stammt, als die Kosten für Solarstrom noch viel höher waren. Zweitens, dass das KOF-Modell bis 2050 keinen technischen Fortschritt annimmt. Und drittens, dass die Veränderungen nicht sukzessive, sondern auf einen Schlag implementiert werden. All das sei «absolut unrealistisch», sagt Beglinger.



Die Erneuerung des Stromnetzes ist eine der grossen Herausforderungen beim Atomausstieg. Foto: Sigi Tischler (Keystone)

Studienverfasser Egger verteidigt sich: Es sei natürlich klar, dass die Realität anders aussehen werde. Doch wolle er auch gar nicht die Realität vorwegnehmen, sondern lediglich aufzeigen, in welchem Umfang technischer Fortschritt nötig wäre, um Effekte der Energiestrategie 2050 auszugleichen.

Glaubwürdigkeit in Gefahr

Doch nicht nur die politische Gegenseite hat Vorbehalte gegenüber der KOF-Studie. Auch ETH-Kollegen zweifeln an deren Gehalt. Zu ihnen gehört Professor Anton Gunzinger vom Institut für Elektronik. Er hat selber Modellrechnungen angestellt und kürzlich in Fachkreisen präsentiert. Sein Befund: Die Wahl der Stromquellen im Jahr 2050 hat fast keine volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

Die Studie von Kollege Egger sei methodisch zwar «topseriös», attestiert Gunzinger. Aber die Fragestellung sei falsch. «Das dürfte man so eigentlich nicht machen.» Die Fragestellung sei einzig auf das gewünschte Resultat ausgerichtet. Als Wissenschaftler müsse man aufpassen, nicht instrumentalisiert zu werden, sagt Gunzinger weiter. Denn wenn dieser Eindruck entstehe, schade das nicht nur dem Ansehen der Wissenschaft, sondern auch der Glaubwürdigkeit der Auftraggeber. Wie viel Economiesuisse für die KOF-Studie bezahlt hat, gibt der Verband nicht bekannt.

Höherer Strompreis

«Zückerchen» für die Strombranche

Der Bundesrat ermöglicht den Netzbetreibern happige Mehreinnahmen - zulasten der Haushalte und des Gewerbes.

Von Patrick Feuz, Bern

Für das Kapital, das in Stromnetzen steckt oder in neue Netze investiert wird, erhalten die Investoren künftig mehr Zins. Dies ermöglicht der Bundesrat mit der gestern beschlossenen Änderung der Stromversorgungsverordnung. Dank der darin verankerten neuen Berechnungsformel fliessen jährlich rund 108 Millionen Franken mehr in die Kassen der Stromkonzerne, lokalen Elektrizitätswerke und nationalen Netzgesellschaft Swissgrid. Finanziert wird der Zustupf durch die Endkunden via Strompreis. Ein Haushalt mit durchschnittlichem Verbrauch zahlt pro Jahr - grob geschätzt - acht Franken mehr für Strom.

Das Geld sollen die Stromkonzerne laut Bundesrat für die Erneuerung und den Ausbau des Stromnetzes verwenden. Der Atomausstieg erhöht den Investitionsbedarf zusätzlich, da unregelmässige

anfallende und dezentral hergestellte Solar- und Windenergie für das Netz technisch eine grosse Herausforderung sind. Der Verband der Elektrizitätsunternehmen schätzt die bis 2050 nötigen Investitionen auf 60 bis 70 Milliarden.

Über die höhere Verzinsung ärgern sich Konsumentenschützer und Gewerbler. Der Bundesrat gewähre den Stromkonzernen eine «bedingungslose Rendite auf alten Anlagen», kritisiert Henrique Schneider vom Gewerbeverband. Denn es sei nicht garantiert, dass die höheren Gewinne zu Investitionen führten. Die neue Verzinsungsformel sei offensichtlich ein «Zückerchen» für die Stromwirtschaft, damit diese den Atomausstieg mittrage, so Schneider. Viele KMU fürchten jede Strompreiserhöhung; anders als Grossunternehmer profitieren sie nicht von Spezialpreisen.

Zur Befürchtung, dass die Mehreinnahmen in höhere Dividenden statt in Investitionen fliessen könnten, sagt Marianne Zünd vom Bundesamt für Energie: «Es wird Aufgabe der Regulierungsbehörde Elcom sein, dafür zu sorgen, dass das Geld ins Netz investiert wird.» Sie habe den gesetzlichen Auftrag, über die Versorgungssicherheit zu wachen.